

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 14. September 2016

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik,
Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen betreffend Atomkraft-Stopp**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung des Burgenländischen Landtages vom ... betreffend Atomkraft-Stopp

Das AKW Dukovany befindet sich ca. 35 Kilometer nördlich der tschechisch-österreichischen Staats- bzw. 120 Kilometer von der burgenländischen Landesgrenze entfernt. Trotz massiver Sicherheitsprobleme will der Betreiber des tschechischen Atomkraftwerks die Laufzeit der veralteten Reaktoren, die zu den gefährlichsten Anlagen in Europa zählen, um 20 Jahre verlängern und ein bis zwei neue Reaktoren errichten. Diese Entwicklung zeigt erneut die völlig fehlgeleitete Atomenergie-Förderpolitik der Europäischen Union auf.

Das vereinte Europa soll als die wettbewerbsfähigste Region der Welt seinen Bürgerinnen und Bürgern Wohlstand, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit garantieren und diese hohen Standards für künftige Generationen ausbauen. Zur Erreichung dieses Ziels ist eine faire und zukunftsorientierte Energiepolitik unerlässlich. Damit längst völlig unvereinbar ist das Ziel des in den Wirren der Nachkriegszeit anno 1957 in Kraft getretenen EURATOM-Vertrags, nämlich die Förderung der Atomenergie.

Die antiquierten Strukturen des EURATOM-Vertrages bewirken die Ausklammerung der Atomenergiewirtschaft aus dem allgemeinen Wettbewerbsrecht des EG-Vertrages. Der EURATOM-Vertrag fördert seit nunmehr fast 60 Jahren die Atomkraft, ohne dass es der Atomindustrie gelungen wäre, wirtschaftlich selbständig am Markt zu bestehen, ökologische Unbedenklichkeit zu garantieren oder das Atommüllproblem zu lösen.

Angesichts der permanenten Gefahr, Österreich könne seitens grenznaher Atomkraftwerke im Katastrophenfall durch radioaktive Immissionen verseucht werden, ist die Förderung atomarer Energiegewinnung durch Österreich als ein Beiträge zahlendes EURATOM-Mitglied nicht nachvollziehbar. Laufend gemeldete Störfälle dokumentieren diese Fehlentwicklung einer Europäischen Energiepolitik, die Österreich als EURATOM Vertragsstaat zugleich mit finanziellen Mitteln fördert. Ein entschlossenes Auftreten gegen Atomkraft ist mit einer gleichzeitigen Förderung derselben schlichtweg unvereinbar.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- alle rechtlichen Schritte auszuschöpfen, damit der Ausbau von nuklearen Anlagen speziell am Standort Dukovany und Subventionen für Atomkraftwerke sofort gestoppt werden
- darüber hinaus bei der tschechischen Regierung einzufordern, das Gefährdungspotential und die Sicherheitsreserven am Standort Dukovany auf Basis aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse und nach dem Stand der Technik zu bewerten und jedenfalls eine Gefährdung für Österreich so weit wie möglich auszuschließen
- einseitig oder in Abstimmung mit anderen Mitgliedsstaaten aus dem EURATOM Vertrag auszusteigen
- in Folge aus diesem Vertrag laufend zu leistende Beitragszahlungen zur Förderung der Atomenergie einzustellen
- frei werdende Mittel in die Förderung ökologisch unbedenklicher Formen der Energiegewinnung zu investieren